

UNI INFO

Herausgeber: Presse- und Informationsstelle der Universität Oldenburg, Ammerländer Heerstraße 67-99, Postfach 2503, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 798-213, Telex 25655 unol d. Redaktion: Gerhard Harms (verantwortlich), Gisela Rodenberg.

4/81

4. März

Verlag: Druck und Anzeigenverwaltung Littmann Druck, Rosenstraße 42/43, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 27051. Mit Namen gezeichnete Artikel geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Nachdruck nur nach Rücksprache mit der Redaktion.

Organisationsstruktur

Der Senat ist gegen eine Klage im Falle eines Oktrois des Wissenschaftsministers

„Mitbestimmung zum zentralen Anliegen politisch offensiven Verhaltens machen“

Der Senat hat auf Vorschlag des Präsidenten und der Vizepräsidenten mit 6 : 3 : 2 Stimmen beschlossen, keine Klage zu erheben, wenn der Minister den vorgelegten Organisationsplan der Universität ablehnt und stattdessen eine Fachbereichsgliederung durch Oktroi regelt. Er tat dies, weil er einen solchen Vorstoß für rechtlich aussichtslos und politisch unzweckmäßig hält. Gleichzeitig empfahl das Gremium, die eigentliche Problematik der Diskussion um den Organisationsplan, nämlich den gesetzlichen Ausschluß jeder Mitbestimmungsmöglichkeit für wissenschaftliche Mitarbeiter, Mitarbeiter im technischen und Verwaltungsdienst sowie Studenten in den Instituten, zum zentralen Anliegen politisch offensiven Verhaltens der Hochschule zu machen und in geeignete Vermittlungsformen und Aktionen umzusetzen.

In der Begründung zu dem Beschluß heißt es, eine Klage gegen die Regelungen der Fachbereichsstruktur durch den Minister könne nicht zur Durchsetzung der Organisationsvorstellungen der Universität führen. Wenn überhaupt, seien lediglich formale Erfolge zu erzielen. Ein zu erzielender Zeitgewinn wäre voraussichtlich auf wenige Wochen beschränkt. Außerdem sei eine Klage gegen die Regelung der Fachbereichsgliederung durch Oktroi nicht geeignet, der Öffentlichkeit das zentrale Anliegen der Universität, nämlich die Erhaltung von Mitbestimmungsrechten für alle Mitgliedergruppen, zu vermitteln. Die Inkonsequenz der bisherigen Organisationsbeschlüsse der Hochschule - die vierfache Teilung des Fachbereiches IV bei gleichzeitiger Weigerung, die ähnlich großen Fachbereiche I und III zu teilen - könnte in der Öffentlichkeit kaum als eine geschlossene Haltung verstanden werden.

Angesichts dieser Situation muß nach Auffassung des Senats auch der Ausbau der Hochschule berücksichtigt werden, der so weitreichend in Frage gestellt sei, daß die langfristige Existenzfähigkeit der Universität insgesamt auf dem Spiel stehe. In einer solchen Situation könne, so der Senat, eine Klage und die damit herbeigeführte Zuspitzung der Auseinandersetzung mit dem Minister allenfalls dann in Betracht kommen, wenn sie entweder der Sicherung des Ausbaus dienen könne oder aber zur Ver-

mittlung und Verteidigung grundsätzlicher Positionen der Universität geeignet sei. Keinesfalls dürfe eine Klage unter solchen Voraussetzungen eine lediglich taktische oder demonstrative Funktion haben. Letztlich kommt der Senat zum Schluß, daß das zentrale Anliegen der Universität, die Erhaltung von Mitbestimmungsrechten aller Gruppen, nur im Zusammenhang mit der Entscheidung über die Bildung von wissenschaftlichen Einrichtungen vermittelt und offensiv vertreten werden könne. In dieser Situation wäre dazu eine an den Niedersächsischen Minister gerichtete Petition

der Universität Oldenburg geeignet, in der beantragt würde, die gegenwärtig beratene Novelle zum Niedersächsischen Hochschulgesetz um eine Regelung zu ergänzen, die den Hochschulen die Möglichkeit einräumt, durch die Grundordnung Mitbestimmungsrechte aller Gruppen in den Vorständen der wissenschaftlichen Einrichtungen vorzusehen.

Ob eine solche Petition noch Chancen hat, in die zweite Novellierung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes einzugehen, ist zweifelhaft. Allerdings haben sich bisher maßgebliche Vertreter von CDU und SPD bereits positiv in diesem Sinne geäußert. So bemerkte u.a. der Vorsitzende des Arbeitskreises Wissenschaft und Kunst des CDU-Landesverbandes Oldenburg, Professor Dr. Münch, daß eine solche Regelung insbesondere für die neueren Hochschulen durchaus sinnvoll sein könne. Grundsätzlich ausschließen wollte auch nicht der kulturpolitische Sprecher der CDU, Klaus-Jürgen Hederich, diese Einführung von Mitbestimmungsrechten, die von den Hochschulen selbst geregelt würde. Allerdings schloß er aus, daß eine Chance bestünde, sie in die neue No-

vellierung einzubeziehen. Dagegen hat der SPD-Abgeordnete Horst Milde eine entsprechende Forderung in einem Brief an den Wissenschaftsminister erhoben.

gh

Inzwischen hat der Wissenschaftsminister in einem kurzen Erlaß angekündigt, daß er nunmehr beabsichtige, seine bereits formulierten Vorstellungen über eine Fachbereichsgliederung (siehe uni-info 1/81) von sich aus vorzunehmen, weil die Hochschule seiner Aufforderung zur Änderung der bisher vorgelegten Organisationsstruktur nicht nachgekommen sei. Der Universität wird eingeräumt, bis zum 6. März 1981 Stellung zu nehmen - auch bezüglich der Zuordnung des vorhandenen Personals und der unbesetzten Stellen zu den Fachbereichen. Eine mündliche Anhörung wurde außerdem angeboten, wenn die Universität bis zum 27. Februar Gesichtspunkte mitgeteilt hätte, die über die in dieser Sache bisher eingenommenen Standpunkte hinausweisen. Der im „uni-info extra“ am 26. Februar veröffentlichte Termin (27.7.1981) beruhte auf einer entsprechenden falschen Angabe des Wissenschaftsministeriums.

Mehr als 6,7 Millionen Mark für Drittmittelforschung der Universität

Mehr als 6,7 Millionen Mark standen 1980 der Universität Oldenburg für Forschungszwecke an sogenannten „Drittmitteln“ zur Verfügung. Damit steht die Universität Oldenburg nach Worten ihres Vizepräsidenten Professor Dr. Peter Köll mit an der Spitze der Neugründungen der 70er Jahre in der Bundesrepublik. Insgesamt wurden 68 Projekte und die Anschaffung von sechs Großgeräten gefördert. Mit 24 Projekten hat dabei der Fachbereich IV (Mathematik/Naturwissenschaften) den größten Anteil.

Bei „Drittmitteln“ handelt es sich um Gelder, die den Hochschulen außerplanmäßig von Forschungsförderungseinrichtungen, staatlichen Institutionen, Verbänden und privaten Geldgebern für gezielt beantragte Projekte, Modellvorhaben und Beschaffung von Großgeräten zur Verfügung gestellt werden.

Etwa 2,7 Millionen Mark erhielt die Universität im vergangenen Jahr für 20 Projekte vom Bund. Von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) wurden 16 Projekte gefördert und die Anschaffung von sechs Großgeräten ermöglicht. Gesamtvolumen: 1,8 Millionen Mark. Aus Förderungsmitteln des Zahlenlotos, mit denen 11 Projekte finanziert wurden, erhielten Wissenschaftler 580.000 Mark. Mit Zuweisungen von Verbänden, Stiftungen, Firmen und Privatpersonen in Höhe von fast 1,7 Millionen Mark wurden 21 Projekte bezuschußt.

In einer Stellungnahme zu den jetzt vorgelegten Zahlen erklärte Vizepräsident Professor Dr. Peter Köll, sie dokumentierten eindrucksvoll, daß die Forschungsleistungen der Universität Oldenburg zunehmend Anerkennung fänden. Dabei sei zu berücksichtigen, daß der Einwerbung von Drittmitteln aufgrund räumlicher Engpässe Grenzen gesetzt seien. Dies gelte insbesondere für die Naturwissenschaften, die erst mit der Errichtung der Neubauten in Wech-

loy über die eigentlich notwendigen Forschungsbedingungen verfügten.

Raapke im Rundfunkrat

Professor Dr. Hans-Dietrich Raapke, Vizepräsident der Universität Oldenburg und Erziehungswissenschaftler, ist Mitglied des Rundfunkrates des Norddeutschen Rundfunks (NDR). Raapke wurde vom Niedersächsischen Bund für freie Erwachsenenbildung e.V. benannt. Der Rundfunkrat tritt am 28. Februar zusammen.

Ingeborg Drewitz sagte Teilnahme zu

Die Schriftstellerin Ingeborg Drewitz, letzjährige Trägerin der Carl-von-Ossietzky-Medaille, hat sich bereiterklärt, sich mit einem Beitrag an den Veranstaltungen zum 4. Mai zu beteiligen. Der 4. Mai soll in der Universität zum dies academicus erklärt werden, dessen inhaltlicher Schwerpunkt Ossietzky und der Hitlerfaschismus sein wird. Voraussichtlich wird dann auch die Tochter Ossietzky, Rosalinde von Ossietzky-Palm, der Universität Oldenburg Dokumente von und über Ossietzky offiziell übergeben, die den Grundstock für ein Ossietzky-Forschungszentrum bilden sollen.

Eher mit Spott...



Heinrich Heine 1797 - 1856

Während sich die Universität Oldenburg noch immer vergeblich für die Namensgebung nach Carl von Ossietzky einsetzt, hat sich jetzt in Nordrhein-Westfalen der Landtag einstimmig auf Initiative des Oppositionsführers Professor Dr. Kurt Biedenkopf (CDU) dafür ausgesprochen, die Düsseldorfer Universität nach Heinrich Heine zu benennen, dem größten Sohn der Rheinmetropole. Bisher ist die Benennung an dem Widerstand der Professoren-Mehrheit in der Hochschule gescheitert.

In Niedersachsen zählt die CDU zu den engagiertesten Gegnern einer Namensgebung nach dem Widerstandskämpfer und Friedensnobelpreisträger Carl von Ossietzky. Nicht zuletzt deshalb kam der Vorstoß der CDU-Opposition im nordrhein-westfälischen Landtag für viele überraschend. Sie griff dabei auf die jahrelangen Bemühungen einer Bürgerinitiative zurück, die sich mit Unterstützung des damaligen Wissenschaftsministers und heutigen Ministerpräsidenten Johannes Rau für eine Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf eingesetzt hatte. Auch Oberbürgermeister Josef Kürten (CDU) hatte die Anregung aufgenommen.

Doch bisher waren die Bemühungen vergeblich, da konservative Professoren eine Zwei-Drittelmehrheit für die Namensänderung im Konvent verhinderten - u.a. mit dem Argument, Heine habe seinen Dokortitel in Rechtswissenschaften erworben, eine rechtswissenschaftliche Fakultät aber existiere an der Hochschule nicht. Selbst die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) meinte dazu: „Soll man darüber nicht die Haare raufen?“ So war es jetzt Kurt Biedenkopf vorbehalten, darauf zu verweisen, daß Heine durch seine dichterischen und literarischen Werke Weltberühmtheit erlangte - und nicht etwa durch seine rechtswissenschaftlichen Beiträge.

Ob es nun dazu kommt, daß „Düsseldorfs wahres Heine-Denkmal eine Heine-Universität“ (FAZ) wird, steht dahin. Frühestens am 29. April wird der Konvent der Universität zusammenzutreten, um sich erneut mit dem großen Literaten zu befassen, der, lebte er noch, dieser Diskussion wohl eher mit Spott denn mit Spannung entgegensehen würde.

gh

Wissenschaftsminister für kompletten Ausbau

Wissenschaftsminister Professor Dr. Eduard Pestel hat gegenüber der Universitätsleitung noch einmal bekräftigt, daß der Ausbau der Universität im Rahmen der vorliegenden Pläne realisiert werden soll. Dies gelte auch für den Standort Wechloy, wo insgesamt 1700 - vornehmlich naturwissenschaftliche - Studienplätze entstehen sollen. Durch die Kürzungen der Zuschüsse des Bundes standen auch die ohnehin schon sehr reduzierten Projekte für Oldenburg wiederum in Frage. Doch scheint

sich aufgrund der Interventionen von Regionalvertretern und des Wissenschaftsministers in der Landesregierung eine Mehrheit für eine Konzeption zu ergeben, die den jungen Universitäten vergleichbare Lehr-, Lern- und Forschungsbedingungen mit den traditionellen Hochschulen ermöglichen soll. In diesem Sinne hatte sich auch der Wissenschaftsrat geäußert, als er die Länder aufforderte, notfalls Ausbauprojekte für die Neugründungen vorzufinanzieren.

Es steht nicht alles zum Besten mit Behinderten und psychisch Kranken in der Bundesrepublik

BdWi-Fachtagung zur psychosozialen Versorgung der Bevölkerung in der Universität Oldenburg

„Demokratische Wissenschaft - psychotherapeutische Praxis und psychosoziale Versorgung“ - unter diesem Thema fanden sich vom 23. - 25. Januar rund fünfhundert Psychologen, Ärzte, Therapeuten, Pädagogen, Krankenpfleger, Wissenschaftler und Studenten zu einer Fachtagung an unserer Universität zusammen. Gastgeber war der Bund demokratischer Wissenschaftler (BdWi). Zahlreiche Gäste waren aus den Niederlanden, der Schweiz und Italien angereist, um an den Beratungen teilzunehmen, die als eine spezifische Fortsetzung der Arbeit anzusehen sind, die auf den beiden Internationalen Kongressen „Kritische Psychologie“ in Marburg begonnen wurde.

Schon bei der Eröffnung am Freitagabend und in der anschließenden Podiumsdiskussion über „Strukturelle und institutionelle Probleme der psychosozialen Versorgung“ (Teilnehmer: A. Albers, P. Gottwald, D. Kleiber, M. Regus, H.-G. Güse; Moderation: B. Wilhelmer) kamen viele Probleme dieses gesellschaftlichen Aufgabenbereichs zur Sprache. „Es mangelt“, so Wilhelmer, „nicht in erster Linie an Forschung und Theorie und auch nicht an Engagement der Berufspraktiker, vielmehr sind es über die gesellschaftlichen Ursachen hinaus, die von der Hochrüstungspolitik, über den Streß am Arbeitsplatz, bis zur steigenden Arbeitslosigkeit mit ihren bedrohlichen psychischen Folgen reichen, die institutionell festgefügt Strukturen, die eine wirksame Verbesserung der psychosozialen Lage der Bevölkerung verhindern“. Eine wesentliche Wirkung dieser ersten Veranstaltung der Tagung bestand darin, daß das Nachdenken über Möglichkeiten des Öffnens der isolierenden Institutionen alle weiteren Auseinandersetzungen in den Arbeitsgruppen mitbestimmte. In acht Arbeitsgruppen begann am Samstag der Erfahrungsaustausch über spezifische Probleme der pädagogischen und therapeutischen Arbeit:

„Primäre Prävention“

Die AG „Primäre Prävention“ (Vorbereitung Ursula Stevens) war damit befaßt, die Möglichkeiten der Ausschaltung krankmachender Faktoren genauer zu benennen. Es genüge nicht, so wurde betont, auf die gesellschaftsformationsspezifische Verursachung psycho-physischer Verelendung und Not zu verweisen. U.a. wurden verschiedene Präventionsbegriffe thematisiert. Problematisch erschien den Teilnehmern die analytische Trennung von primärer, sekundärer und tertiärer Prävention, zumal wenn sie dazu verwendet wird, eindeutige Unterscheidungen zwischen Präventionsbereichen zu suggerieren, Ursachen zu verschleiern oder unerlässliche Hilfestellungen zu rechtfertigen mittels der euphemistischen Vokabel „tertiäre“ Prävention.

„Mißlingen von Bildungskarrieren“

In der AG „Mißlingen von Bildungskarrieren“ (Vorbereitung Hans Hermssen) setzten sich Praktiker aus Schule und schulbegleitenden Diensten mit den widersprüchlichen Begriffsfüllungen von „Lernbehinderung“ auseinander. Keine, so wurde hervorgehoben, könne die komplizierten negativen, nicht selten persönlichkeitszerstörenden Wirkungszusammenhänge bestimmter sozial-ökonomischer und Familienverhält-

nisse, des dreigliedrigen selektierenden und diskriminierenden Schulsystems und der isolierenden Institution Sonderschule widerspiegeln. Perspektiven für die eigene Arbeit sah man in der Gewinnung der betroffenen Lehrer und Angehörigen für eine schrittweise Auflösung der Aussonderungsanstalten. Hohe Qualität der Schul- und Unterrichtstätigkeit, so wurde betont, sei unabdingbare Voraussetzung der Integration der Benachteiligten z.B. in Gesamt- und Hauptschulen.

„Schwerstbehinderte“

In der AG „Schwerstbehinderte“ (Vorbereitung Georg Feuser) wurde die weithin herrschende Reduktion der Pädagogik Schwerstbehinderter auf „Pflege“ als absolut unvereinbar mit ihrem hohen Anspruch an die Gesellschaft zur Einlösung ihrer Grundbedürfnisse nach Gesundheit, Erziehung und Bildung angesehen. Die Leistungsfähigkeit des historisch-biographisch/entwicklungslogischen Ansatzes als pädagogische Handlungsgrundlage wurde u.a. auch mit Hilfe von Video-Material aus der Praxis belegt.

„Berufliche Rehabilitation Behinderter“

In der AG „Berufliche Rehabilitation Behinderter“ (Vorbereitung Klaus Struve) wurden die staatlichen Verwaltungs- und Organisationsbestimmungen für die Werkstätten für Behinderte als Voraussetzungen gekennzeichnet, die einen weiteren nahezu perfekten Teil der Ausgrenzung von Behinderten aus den vergesellschafteten Produktions- und Lebenszusammenhängen schaffen. In fast 300 Werkstätten sind bereits mehr als 57.000 Arbeitsplätze geschaffen worden. In der Durchsetzung und Verdoppelung der Beschäftigungspflicht (§ 4 Schwerbehindertengesetz) sowie in der Beseitigung der Möglichkeit für die Unternehmen, auf die Ausgleichsabgabe auszuweichen (§ 8), sahen die Teilnehmer nicht nur die Chance, diesen Ausbau zu stoppen, sondern auch der Arbeitslosigkeit und der Berufsnott Behinderter zu begegnen. In den Werkstätten selbst sei die Beseitigung repetitiver Teilarbeit und die Schaffung eigenständiger Produktions- und Absatzsysteme Voraussetzung für eine „Pädagogisierung“ der Arbeit.

„Diagnostik“

In der AG „Diagnostik“ (Vorbereitung Wolfgang Jantzen) setzten sich mehr als 100 Teilnehmer mit den Problemen der Entwicklung einer systematischen Persönlichkeitstheorie auseinander, die die komplizierten Verhältnisse von Organischem, Psychischem und Sozialem abbilden kann. Auch in dieser AG wurde das Problem der Logik der Institutionen diskutiert, die die Berechnung der Normalität menschlichen Handelns bewirke. Weitere Schwerpunkte der Diskussion waren das notwendige Ausgehen von der Subjektivität des Klienten und die Forderung, daß die Diagnose sich an der Therapie zu rechtfertigen habe. (In dieser Hinsicht wurde ein großes Defizit an Methoden und Verfahren festgestellt). Bei der Bestimmung allgemeiner Therapieziele stand Sèves Begriff der „kämpferischen Persönlichkeit“ im Mittelpunkt.

„Therapie: Theorie-Praxis-Beziehungen“

Auch in der AG „Therapie: Theorie-Praxis-Beziehungen“ (Vorbereitung Peter Gottwald und Bernhard Wilhelmer) diskutierten mehr als 100 Teilnehmer in großer wissenschaftstheoretischer Breite über Probleme der Bildung eines adäquaten Begriffssystems von der Lebenspraxis vor allem der psychisch Kranken und der Behinderten. Die Tatsache, so wurde betont, seien unübersehbar: Zwei Millionen suchtkranke Bundesbürger, darunter ein Drittel Arbeitslose. Die jährlichen Folgekosten belaufen sich auf 10 Milliarden Mark. 60.000 Bürger sind von sogenannten harten Drogen abhängig. 1979 gab es nahezu 1.000 Drogentote (Tendenz steigend). 40.000 Jugendliche sind rauschgiftsüchtig. 130.000 Suizidversuche mit wenigstens 15.000 tödlichen Ausgängen. Jedes dritte Schulkind wird als verhaltungsstörnd bezeichnet und ebenso viele erreichen nicht die Erziehungs- und Bildungsziele der Schulen, die sie besuchen. Die Erklärungen von Vertretern der Kritischen Psychologie, daß die Gewichtung der gesellschaftsanalytischen Bestandteile der Theorie nicht aus ihr selbst heraus erfolgt, sondern der Analyse/Synthese der Bedingungen der Lebenspraxis der Menschen entspricht und somit die Kritische Psychologie eine wesentliche Orientierungsgrundlage für pädagogisch-therapeutisches Handeln liefert, blieben dennoch nicht ohne (zum Teil heftigen) Widerspruch.

„Psychiatrische Dienste - Psychosoziale Versorgung“

Die AG „Psychiatrische Dienste - Psychosoziale Versorgung“ (Vorbereitung Dieter Henkel) beschäftigte sich mit der Forderung nach Auflösung der 70 psychiatrischen Großkrankenhäuser, die mit etwa 100.000 Plätzen pro Jahr ca. 250.000 Patienten aufnehmen. Bei prinzipieller Bejahung der Forderung wurde betont, daß die schrittweise Auflösung der Anstaltspsychiatrie unter gleichzeitigen Aufbau kommunaler, ambulanter Gesundheitseinheiten erfolgen müsse. Ohne Einbeziehung der ca. 100.000 Beschäftigten und der Beteiligung der Patienten könne ein solcher Prozeß nicht vorangetrieben werden. Zweiter Schwerpunkt der AG war das Verhältnis von sozialer Psychiatrie und psychotherapeutisch arbeitenden Selbsthilfegruppen. Die achte AG (Vorbereitung Dieter Kleiber) beschäftigte sich mit Problemen der Ausbildung, Studienreform und Hochschuldidaktik im Bereich Klinische Psychologie. Eine zweite Podiumsdiskussion zum heiklen Thema „Verhältnis von Diagnostik und Therapie“ füllte die Aula der Universität bis zum letzten Stehplatz. (Teilnehmer: G. Feuser, K. Holzkamp, W. Jantzen, E. Kaiser, L. Torsini; Moderation: H. Probst). Konsens gab es trotz etlicher Kontroversen: „Die psychosoziale Versorgung“, so Probst, „braucht keine psychiatrischen Diagnosen klassischer Art, braucht auch kaum Prozenträge auf operationalisierten psychometrischen Variablen. Von diesen Abstrakta, die der Persönlichkeit angeblich innewohnen, führt kein Weg zur Erweiterung der Realitätskontrolle

des Klienten im Bündnis mit dem Therapeuten. Aufgabe für kritische Psychologen in der psychosozialen Versorgung ist die Anwendung der Theorie des gesellschaftlichen Individuums. In dem Abschlußplenum am Sonntag wurde bereits eine positive Bilanz der

Anhörungsverfahren:

„Regierung verstößt sogar gegen eigene Grundsätze!“

Vorladung auch ohne konkrete Einstellungsabsicht

Nach dem Anspruch der Landesregierung in Hannover werden mit Bewerbern für den Öffentlichen Dienst vom Verfassungsschutz ermittelte Zweifel an deren Verfassungstreue nur dann erörtert, wenn auch tatsächlich geplant ist, den Bewerber einzustellen. So eine Broschüre des niedersächsischen Innenministers Dr. Egbert Möcklinghoff, die in großer Auflage in den Schulen verteilt wurde. Nach einer Darstellung des Aktionskomitees gegen die Berufsverbote in Oldenburg hat die Landesregierung diesen Grundsatz jetzt fallengelassen.

Jürgen Schmidt-Prestin, der sein Assessor-Examen für das Lehramt an Gymnasien in den Fächern Mathematik und Sozialkunde/Politik im Sommer 1980 im Rahmen der Einphasigen Lehrerausbildung abgelegt hatte, bewarb sich noch im November 1980 aus sozialen Gründen als nicht vollbeschäftigte Lehrkraft im Angestelltenverhältnis („Feuerwehrlehrkraft“). Obwohl diese Bewerbung nicht auf eine Planstelle oder auf eine dauerhafte Beschäftigung gerichtet ist, leitete die Bezirksregierung unter Berufung auf den Ministerpräsidentenbeschuß von 1972 die Regelanfrage ein.

In einem Schreiben vom 10. Februar wird dem Lehrer, der ein Zweitstudium aufgenommen hat und als Mitglied des Studentenparlaments der Oldenburger Universität ein Referat im Allgemeinen Studienauschuß bekleidet, von der Bezirksregierung Weser-Ems das Ergebnis - ohne konkrete Angabe - mitgeteilt: „Diese Überprüfung hat ergeben, daß gegen Sie gerichtete verwertbare Erkenntnisse vorliegen. Als Feuerwehrlehrkraft können Sie jedoch erst dann eingestellt werden, wenn die Zweifel an Ihrer Verfassungstreue in einer Anhörung ausgeräumt worden sind.“

Welche „gerichtsvwertbaren Erkenntnisse“ ihm vorgeworfen werden, weiß Jürgen Schmidt-Prestin bis heute nicht. Geradezu als Nötigung stellt sich ihm nach seinen eigenen Worten die abschließende Anfra-

ge der Bezirksregierung dar, ob er denn seine Bewerbung „unter diesen Voraussetzungen“ aufrechterhalten wolle. Ausdrücklich kündigt die Behörde an, daß sie auf einer Anhörung bestehen will, obwohl sie nicht beabsichtigt, den Lehrer auf einer Planstelle einzusetzen. Wolle er bei seiner Bewerbung als „Feuerwehrlehrkraft“ bleiben, dann, so kündigt der Vertreter der Bezirksregierung vorsorglich an, „werde ich Ihre Bewerbungsunterlagen dem niedersächsischen Kultusminister zwecks Einleitung des Anhörverfahrens übersenden.“

Ebenso wie Schmidt-Prestin werden der Assessorin Ebba von Ohlen-Linke, die als Mitglied des SHB Sprecherin des AstA war, die gerichtsvwertbaren Erkenntnisse des Verfassungsschutzes vorenthalten. Ihre Planstelle an einer Delmenhorster Schule wurde inzwischen anderweitig besetzt. In der Pressekonferenz wurde ferner darauf hingewiesen, daß der Lehrerin Ute Hüper, Mitglied des GEW-Kreisvorstandes und Vorsitzende des Ausschusses junger Lehrer und Erzieher, seit drei Monaten die Ergebnisse ihrer Anhörung in Hannover nicht mitgeteilt werden. Sie darf jetzt genauso wenig unterrichten wie die Dipl.-Pädagogin und Lehrerin Alexa vom Berg, da auch deren „blaue Karte“ in der Personalakte auf Erkenntnisse des Verfassungsschutzes hinweist - ohne daß auch hier diese Erkenntnisse bisher mitgeteilt worden sind.

Dieses Verfahren wurde auch von einem Vertreter der GEW als eine Verschärfung der bisherigen Praxis gewertet, denn die Betroffenen hätten weder eine Ablehnung in der Hand noch hätten sie die Möglichkeit, sich zu bewerben. Sie würden gleichsam in einem juristischen Schwebezustand gehalten, den sie nicht zu verantworten hätten. Diese Rechtsunsicherheit kritisierte ebenfalls der AstA: Die Studenten müßten damit rechnen, daß sie vom Verfassungsschutz observiert würden, ohne sich gegen die Beobachtung oder deren geheimgehaltene „Erkenntnisse“ wehren zu können. uk

„Die Fabrik nicht räumen“

Mehr als 50 Hochschullehrer, Mitarbeiter der Universität, Studenten und Lehrer haben in einer gemeinsamen Erklärung die Oldenburger Stadtverwaltung und den Stadtrat aufgefordert, „auf die NILEG einzuzwirken, eine weitere Nutzung der Fabrik durch die Instandbesetzer zuzulassen und nicht an Räumungsaktionen mitzuwirken.“

In der Erklärung heißt es weiter, daß die nicht mehr genutzte Fabrik im Stadtteil Osterburg seit mehr als drei Monaten von rund 40 jungen Arbeitslosen und Studenten besetzt worden sei; sie hätten die Gebäude wieder bewohnbar gemacht. Die Besitzerin des Geländes, die Niedersächsische Landesentwicklungsgesellschaft (NILEG) mit ihrer Außenstelle in Oldenburg, beabsichtige, die

Fabrik abzureißen, um dort Eigentumswohnungen zu errichten.

Die Instandbesetzer befürchten, „je weniger gesprächs- und handlungsbereit die Stadt ist, desto mehr wird sich die Lage verschärfen, was absolut nicht in unserem Sinne ist.“ Sie befürworteten deshalb gemeinsame Gespräche mit der Stadt, die das Ziel haben müßten, eine konstruktive Lösung zu entwickeln, die sich auch realisieren ließe.

Die Bemühungen haben inzwischen unerwartet Unterstützung vom Institut für Denkmalpflege erhalten, das die Auffassung vertrat, daß die ehemalige Fahrradfabrik ein Baudenkmal darstelle, so daß eine Erhaltung auch unter diesem Gesichtspunkt geboten wäre. uk

„Die Räume der Universität sind nicht heilig...“

Über die Sprengung der Diskussion um die Bundeswehr - Traditionspflege

Empörung hat in großen Teilen der Universität die Sprengung der Podiumsdiskussion „Traditionspflege in der Bundeswehr“ durch etwa 25 - meist nicht der Hochschule angehörende - Personen ausgelöst - dies auch bei Gruppen und Personen, die Thema und Zusammensetzung des Podiums kritisierten. Auf dem Podium saßen am 2. Februar der verteidigungspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Rolf Mölleman, der Oldenburger CDU-Bundestagsabgeordnete Werner Broll, das engagierte Mitglied der christlichen Friedensbewegung, Dr. Diether Koch, und der Bundesvorsitzende der Jungsozialisten, Willi Pieczek, sowie als Leiter Präsident Dr. Horst Zilleßen. Der ebenfalls eingeladene Ex-General und jetzige Leiter des Instituts für Friedensforschung an der Universität Hamburg, Graf Baudissin, hatte wegen Krankheit absagen müssen. Anstelle der schon in den Massenmedien und auf Flugblättern wiedergegebenen Kritiken an der Sprengung, aber auch an der Veranstaltung selbst, bringen wir hier einen kurzen Beitrag des Historikers Professor Dr. Erhard Lucas-

Busemann, der versucht hatte, die mit Trillerpfeifen und Stinkbomben agierenden Störer zur Diskussion zu bewegen:

„Als ich die Aula betrat, wurde ich von der Tatsache überrascht, daß offenbar ein erheblicher Teil der versammelten Studenten zur Sprengung der Veranstaltung entschlossen war. Ich habe mich daraufhin bei zwei mir bekannten Studenten nach den Motiven erkundigt. Der eine bemerkte, daß das offiziell angegebene Thema „Zur Traditionspflege der Bundeswehr“ nicht toleriert werden könne, der andere verwies lediglich auf das verteilte Flugblatt. Ich empfand beides als dürftig. In der anhaltenden Sprachlosigkeit habe ich mich vom Podium aus an die zur Sprengung Entschlossenen gewandt und sie aufgefordert, die Gründe für ihr Verhalten darzulegen. Als darauf jemand im Saal rief: „Flugblatt vorlesen!“ nahm ich an, daß dies jemand aus der Versammlung tun würde. Das geschah jedoch nicht, wobei möglicherweise die Fernsehkamera eine Rolle gespielt haben, die in solchen Situationen die latente Angst vor dem Verfassungsschutz, vor beruflichen Konse-

quenzen usw. aktualisieren.

Ich bedaure jetzt, nicht auf dem Podium geblieben zu sein und die Verlesung des Flugblattes selbst übernommen zu haben. Ich hätte im Anschluß daran vielleicht Gelegenheit gehabt, meine Meinung dazu zu sagen:

1) daß mit der Charakterisierung der Podiumsrunde auf dem Flugblatt, selbst angenommen, sie wäre zutreffend, keineswegs begründet ist, das Podiumsgespräch dürfe nicht stattfinden,

2) daß gerade die Universität verpflichtet ist, soziale Realität in ihre Räume hereinzuholen, um sich damit auseinanderzusetzen.

3) daß dies speziell für MdB Broll gilt, der seit Jahren polemische Leserbriefe schreibt, aber bislang nicht bereit war, vor eine pluralistische Öffentlichkeit zu treten, und

4) daß die Räume der Universität Oldenburg, auch und gerade wenn sie Anspruch auf den Namen Carl von Ossietzky erhebt, nicht heilig sind, so daß bestimmte Personen in ihnen nicht auftreten und bestimmte Worte nicht gesprochen werden dürften.“

Studentenstatistik WS 1980/81

Anteil der Diplom-Studenten steigt stetig

In diesem Wintersemester 1980/81 stieg die Studentenzahl der Universität Oldenburg auf 5.609. Dies entspricht einem Zuwachs von 700 Studenten gegenüber dem WS 1979/80 oder einer Steigerung von 14 %. Die Studentenzahl der Universität ist damit seit ihrer Gründung im Sommersemester 1974 (2.702 Studenten) um 108 % gestiegen. Zum Vergleich: Das wissenschaftliche Personal ist im Zeitraum von 1975 bis 1980 um 41 % gestiegen.

Die Gesamtstudentenzahl hat damit die Größenordnung der für 1985 geplanten flächenbezogenen Studienplätze (5.500) bereits überschritten. Auf die vorhandene Fläche bezogen, besteht eine Überbelegung von fast 100 % oder anders ausgedrückt, eine Auslastung der vorhandenen Fläche von 199 %. Bei einem gleichbleibenden Zuwachs an Studenten von 12 % pro Jahr wäre 1985 mit 9.000 Studenten zu rechnen, was immer noch - auch bei vollem Ausbau - eine 64

auch bei vollem Ausbau - eine 64%ige Überbelegung der vorhandenen Studienplätze bedeuten würde. Angesichts der geburtenstarken Jahrgänge ist sogar noch mit größerer Nachfrage zu rechnen.

Im Diplom-Studium befinden sich 2.194 Studenten (39 %); im Lehramtsstudium 3.219 (57 %), davon bereits 229 in der Zweiphasigen Ausbildung, 194 Immatrikulierte streben die Promotion an. Insgesamt ist der Anteil der Lehramtsstudenten zugunsten der Diplom-Studenten gegenüber dem Sommersemester 1980 um 3 % gesunken, absolut aber um 250 Studenten noch gestiegen. Der Trend kann erst aus den Studienanfängerzahlen ersehen werden; gegenüber dem Bundesdurchschnitt der Universitäten (32 %) hat Oldenburg neben Osnabrück den höchsten Lehramtsanteil in der Studentenschaft.

Der Anteil der weiblichen Studenten ist mit 47 % nahezu unverändert gegenüber den Vorsemestern, liegt aber gegenüber einem Bundesdurchschnitt von 38 % besonders hoch. Mit 1.037 Neuimmatrikulierten (im 1. und in höheren Semestern) verzeichnet die Universität den bislang höchsten Zuwachs. Im Sommersemester 1980 waren es noch 490. Der Anteil der Lehramtsstudenten beträgt dabei 51 %, der Anteil der Diplom-Studenten 44 %. Diese Anteile entsprechen

ziemlich genau denen im Wintersemester 1979/80. Damit wird der Trend - weniger Lehramt, mehr Diplom - bestätigt.

Die meisten Studenten haben sich im Diplom-Pädagogik-Studiengang eingeschrieben: allein 130 Neuimmatrikulierte (1. Fachsemester 69). Es folgen Sonderpädagogik-Lehramt mit 105 (1. Fachsemester 88) und Sozialwissenschaften Diplom mit 99 (1. Fachsemester 83). Stark angestiegen sind die Zahlen im nunmehr zulassungsfreien Lehrgang an berufsleitenden Schulen „Wirtschaftswissenschaften“ mit 63 Studienanfängern. Auch in den erstmals zulassungsfreien Studiengängen des Faches Chemie hat sich die Studienanfängerzahl erstmals erhöht: 36 Diplom- und 13 (im 1. Fach) Lehramtsstudenten.

SHB und MSB bilden wieder den neuen AStA

Der Sozialistische Hochschulbund (SHB) und der Marxistische Studentenbund Spartakus (MSB) werden auch den neuen Allgemeinen Studentenausschuss (AStA) an der Oldenburger Universität bilden.

Grundlage der Erneuerung des „Regierungsbindnisses“ war die Wahl zum Studentenparlament im Januar, bei der beide Gruppen wiederum eine Dreiviertel-Mehrheit erzielten. Der SHB verlor bei einem Stimmenanteil von 46,9 % zwei Sitze. Er entsendet jetzt 24 Vertreter ins Studentenparlament. Der MSB (28,3 %) verbesserte sich um einen auf jetzt 14 Sitze.

Der Liberale Hochschulverband (LHV) stabilisierte sich bei 15 % (7 Sitze), der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) erhöhte seinen Anteil von 4,6 % der Stimmen (2 Sitze) auf 7,6 % (4 Sitze), der erstmals kandidierende Sozialliberale Hochschulverband (SLH) erhielt 2,1 % (1 Sitz).

Die Wahlbeteiligung sackte auf nur noch 21,9 % ab, womit sie etwa bundesdeutschem „Durchschnitt“ entspricht. Eine Ursache dafür ist darin zu sehen, daß die Basisgruppen und eine früher ebenfalls kandidierende Juso-Hochschulgruppe sich nicht mehr zur Wahl stellten. Eine Protest-

Mit den steigenden Zahlen der Studienanfänger müßte in den ausgelasteten Fächern eine Steigerung des wissenschaftlichen Personals erfolgen. Da stattdessen Stellenstreichungen durch den MWK verfügt werden und der Stellenzuwachs für die gesamte Universität damit verringert wird, ist eine Verschärfung des Numerus clausus an der Universität zu befürchten. Nachdem in den letzten Semestern stetig Zulassungsbeschränkungen abgebaut wurden, müssen sie nun voraussichtlich wieder in einigen Studiengängen eingeführt werden, wenn nicht eine Überfüllung der Lehrveranstaltungen und ein Zusammenbruch der Praxisbetreuung in Kauf genommen werden soll.

yh

haltung der Studenten drückt sich auch in den mehr als zehn Prozent der ungültigen Stimmen aus. uk

Köll im Arbeitskreis Forschungsförderung

Ministerpräsident Dr. Ernst Albrecht hat den Chemiker und Vizepräsidenten der Universität Oldenburg, Professor Dr. Peter Köll, auf die Dauer von drei Jahren in den „Arbeitskreis zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung in Niedersachsen“ berufen. Der Arbeitskreis wurde 1956 von der Landesregierung eingerichtet.

Studienplätze für Sonderpädagogik

An der Universität Oldenburg werden bereits jetzt zum Wintersemester 1981/82 30 Studienplätze für den weiterbildenden Studiengang Sonderpädagogik mit der Abschlußprüfung Erste Staatliche Prüfung vergeben. Interessenten können sich an das Immatrikulationsamt der Universität Oldenburg wenden und Bewerbungsunterlagen anfordern. Die Bewerbungen sind formgerecht bis spätestens zum 16. März 1981 bei der Universität einzureichen.

Im Wortlaut

Kritisch haben sich die Studenten der Sonderpädagogik auf ihrem Bundestreffen in Würzburg mit der Situation der Behinderten in unserer Gesellschaft auseinandergesetzt. Anlässlich des „Jahres der Behinderten“ verabschiedeten sie eine Resolution, die auch von der Fachschaft Sonderpädagogik der Universität Oldenburg getragen wird. Nachfolgend der Text im Wortlaut:

„Wir, die Teilnehmer des Bundestreffens der Sonderpädagogikstudenten in Würzburg, befürchten, daß im „Jahr des Behinderten“ 1981 im Stil der bisherigen „Öffentlichkeitsarbeit für Behinderte“ bzw. der „Jahre des Kindes, der Frau etc.“ die Lebenssituation behinderter Menschen nicht verbessert, sondern sogar noch verschlechtert werden wird. Diese Lebenssituation behinderter ist gekennzeichnet durch Isolation und Bevormundung.

Im einzelnen befürchten wir im Hinblick auf das „Jahr des Behinderten“:

● Durch die Erklärung eines besonderen „Jahres des Behinderten“ wird deren Außenseiterposition und vermeintliche „Andersartigkeit“ betont und weiter verstärkt.

● Eine grundsätzliche In-Frage-Stellung der Sichtweise und Einstellungen gegenüber Behinderten soll nicht stattfinden; ein offener Dialog zwischen „Behinderten“ und „Nichtbehinderten“ wird vermieden.

● Es wird wieder viel „für“ und „über“ Behinderte geredet werden, diese selbst aber kaum zu Wort kommen.

● Behinderte sollen in erster Linie zu Demonstrationszwecken und zur wirksamen Darstellung eigener Interessen von Verbänden, Institutionen und Politikern mißbraucht werden; solche Gruppen aus der Behindertenarbeit wollen das „Jahr des Behinderten“ nicht zuletzt zur Auffüllung ihrer Kassen durch Spenden usw. nutzen.

● Echte Integration Behindertener kann aber nicht durch den weiteren Ausbau isolierender Sondereinrichtungen erreicht werden, die sich im „Jahr des Behinderten“ durch Selbstdarstellungen profilieren wollen.

● Das „Jahr des Behinderten“ soll den politisch Verantwortlichen als Alibi dafür dienen, die Situation behinderter Menschen in beschönigender Weise darzustellen, um die verheerenden Mißstände zu überdecken.

● Durch die Betonung der Hilfsbedürftigkeit Behindertener wird deren Bevormundung und eine entsprechende Einstellung der Bevölkerung vertieft.

Uns stellt sich die Frage: Was wird sich am Ende des Jahres 1981 an den Lebensbedingungen behinderter Menschen wirklich geändert haben?

Unsere Vorschläge und Alternativen dienen nicht dem Zweck, uns im „Jahr des Behinderten“ in die Reihe der caritativen Veranstaltungen „für“ und „über“ Behinderte einzureihen. Ein „Jahr des Behinderten“ hat solange keinen Sinn, als nicht endlich damit begonnen wird, die Isolation, in der zu leben Behinderte bei uns gezwungen sind, aufzubrechen und die Bevormundung durch Nichtbehinderte abzubauen. Das erfordert grundlegende Veränderungen in der Sichtweise von Behinderten überhaupt und der „Behandlung“ Behindertener (z.B. Auflösung ausgliedernder Sondereinrichtungen, Integration behinderter Kinder in die Regelschule, Gewährleistung des Rechts auf freie Entfaltung und Selbstbestimmung). Als Ziel unserer Aktivitäten - gerade nicht nur in Hinblick auf das „Jahr des Behinderten“ sehen wir:

● Als Nichtbehinderte in einen offenen Dialog mit Behinderten treten und ihnen zu einer Öffentlichkeit zu verhelfen, in der sie ihre Probleme und Interessen selbst darstellen können.

● Hinterfragen des Sinns von Veranstaltungen „für“ Behinderte, Überprüfen der Wirksamkeit solcher Veranstaltungen für die Verbesserung der Lebenssituation Behindertener und Vergleichen mit den Bedürfnissen der Behinderten.

● Verstärktes Darstellen von Alternativen zur herkömmlichen „Behinderten-Arbeit“ (z.B. ambulante Hilfsorganisationen statt isolierender Großeinrichtungen, Suchen nach neuen Wohnformen statt Abschieben in Heime, Modelle sozialer Integration statt Sonderbeschulung, Einbeziehung von Erfahrungen der Integration in anderen Ländern, Förderung von Kontakten von Behinderten und Nichtbehinderten im Alltag).

Wir werden versuchen, mit Gruppentätigkeit Behindertener in gemeinsamer Arbeit von Behinderten und Nichtbehinderten dieses Ziel anzugehen.“

Zusammenarbeit zwischen Berufsberatung und Studienberatung vereinbart

Kooperationsvertrag in Oldenburg schon seit 1974

In einer kürzlich vom Niedersächsischen Minister für Wissenschaft und Kunst und dem Präsidenten des Landesarbeitsamtes Niedersachsen-Bremen unterzeichneten Vereinbarung ist die Zusammenarbeit zwischen der Studien- und Studentenberatung der Hochschulen und der Berufsberatung der Bundesanstalt für Arbeit vertraglich geregelt worden. Danach wird z.B. die Bundesanstalt zur Unterstützung der räumlichen Zusammenfassung aller Beratungsangebote im Bereich der Hochschulen in unmittelbarer Nähe der zentralen Studienberatungsstellen Stellen der Berufsberatung errichten. Wie der Wissenschaftsminister Prof. Dr. Eduard Pestel hierzu ergänzend mitteilte, werde der Ausbau der Stu-

dienberatung in Niedersachsen seit dem 1.7.1977 durch einen Modellversuch vorbereitet und begleitet, an dessen Finanzierung sich Bund und Land je zur Hälfte beteiligen. Im Rahmen dieses Modellversuchs stelle die getroffene Vereinbarung einen weiteren Schritt zur Verbesserung der Beratung von Studierwilligen und Studenten dar. Die Universität Oldenburg schloß bereits 1974 einen Kooperationsvertrag mit dem örtlichen Arbeitsamt ab, der sich nach Angaben der Oldenburger Studienberatung außerordentlich bewährt hat. U.a. können sich seitdem Studenten jeden Donnerstagvormittag in der Studienberatung an einen Berufsberater des Arbeitsamtes wenden.

Gustav ist tot...

Man hat mir gesagt, Gustav sei tot. Noch vor ein paar Tagen habe ich ihn mit seinem Fahrrad in der Stadt gesehen. Wie immer war er unterwegs, wohin wußte ich nie. Ins Theater, wohin er gerne ging? In die Kneipe, wo er immer war? Ihr habt ihn fast alle gekannt. Diesen großen, schweren Typ mit dem roten, etwas aufgedunsenen Gesicht. Der, der in Vollversammlungen oder in Seminaren sich zu Wort meldete und immer ziemlich unverständliches Zeug redete, manchmal wurde man ungeduldig dabei, aber eigentlich haben es alle immer ganz gut ertragen. Ich, der ich seit Beginn dieser Uni, seit 1974, hier bin, erinnere mich gut an ihn. Er gehörte dazu. Er sprach einen an und man hörte ihm zu, leicht ungeduldig, zugegeben, wie man einem zuhört, der aus einer anderen Welt kommt, deren Regeln man nicht kennt. Ich weiß nicht einmal, wie er gestorben ist und wo. Sicherlich am Alkohol, aber was sagt das schon über die wahre Ursache, warum er nicht leben konnte. Um jeden ist es schade. Die Uni ist ärmer ohne Gustav. Ohne ihn, der nie einen bedeutsamen Beitrag in den Veranstaltungen leistete. Der an dieser Uni nur leben konnte, weil der Raum hier für ihn freier, jedenfalls ein bißchen freier war als in der übrigen Gesellschaft. Weil er hier nicht so verachtet wurde wie sonst draußen, denke ich mir. Davon was zu erhalten an dieser Uni, an der nur noch, fast nur noch, von Organisationsstrukturen die Rede ist, ist für mich das Vermächtnis von Gustav, den es nun an dieser Uni nicht mehr gibt. Wie wär's, wenn die, die sich an ihn erinnern, an ihn denken, ein paar Minuten nur und sich überlegen, ob es nicht so ganz unnützlich war, daß es Gustav gab. Gustav soll in Frieden ruhen! E.

Euro-Forschung in Florenz

Das Europäische Hochschulinstitut in Florenz bietet für die Akademische Jahr 1981/82 Studienplätze für Forschungsstudenten an. Als Forschungsanstalt im human- und gesellschaftswissenschaftlichen Bereich (Geschichte, Wirtschaftswissenschaften, Politikwissenschaft und Gesellschaftswissenschaften) führt es Gruppen von Professoren und Forschungsstudenten zusammen, die nach einem interdisziplinären Verfahren vergleichende europabezogene Forschungsvorhaben durchführen. Studenten können hier Dissertationen anfertigen, deren Themen sich in die laufenden Forschungsprogramme einfügen. Die Bewerbungen sind bis spätestens 15. März 1981 bei dem Hochschulinstitut in Florenz einzureichen. Auskünfte über Zulassungsbedingungen und Bewerbungsunterlagen: Helga Wilhelmer, Raum A 201.

Adressenänderungen sofort mitteilen

Im Immatrikulationsamt liegen zahlreiche Rückmeldeunterlagen, die von der Post wieder zurückgeschickt wurden. Grund: Viele Studenten haben ihre Adressenänderungen nicht mitgeteilt. Deshalb appelliert das Immatrikulationsamt nochmals an alle Studenten, in ihrem eigenen Interesse, Adressenänderungen sofort mitzuteilen (Raum A 107).

Keine Hunde in die Universität

Die Hausmeister weisen noch einmal darauf hin, daß Hunde nicht mit in die Universität genommen werden dürfen. In der letzten Zeit häufen sich die Fälle, daß Studenten ihre Vierbeiner sogar mit in die Mensa nehmen.

Kindergarten „abgenommen“



Offiziell abgenommen wurde der neue Kindergarten der Studentenselbsthilfe-Kindertagesstätte am Küppersweg. Die umfangreichen Umbauarbeiten an dem ehemaligen Bauernhaus, das auf dem Gelände der Universität in Wechloy steht, fanden die wohlwollende Anerkennung von Vertretern des Landesjugendamtes, des Stadtjugendamtes, des Gesundheitsamtes und auch des Vertreters der Landessparkasse zu Oldenburg, die für die Baumaßnahmen

einen Kredit von mehr als 120.000 Mark auszahlte. Trotz der umfangreichen Mithilfe der Eltern sind die finanziellen Sorgen noch nicht ausgeräumt: die in der Universität initiierte Altpapiersammlung ist - in ihrem jetzigen Umfang - kaum noch in der Lage, die monatliche Deckungspreise zu füllen, denn der Papierpreis wurde vom Abnehmer schrittweise um 60 Prozent gesenkt.

Foto: Koopmann

Habilitationen & Promotionen

Der Fachbereichsrat I hat dem Antrag von Dr. Peter Viebahn auf Zulassung zur Habilitation im Fachgebiet Psychologie zugestimmt und das Verfahren eröffnet.

Ekkehart Naumann ist im Fachbereich IV mit der Note „sehr gut“ promoviert worden. Das Thema seiner Dissertation lautete: „Umgang mit Natur und Technik als Hilfe zur Lebensbewältigung von Hauptschülerinnen und Hauptschülern.“

Zitat

„Auf der Suche nach entwicklungs-länderbezogenen Lehrveranstaltungen hatte ich in den letzten Wochen das zweifelhafte Vergnügen, die Vorlesungsverzeichnisse deutscher Hochschulen zu studieren. Ich möchte Ihnen für das Oldenburger Verzeichnis ein Kompliment machen: es ist sowohl von der inhaltlichen wie von der graphischen Struktur her übersichtlicher als die meisten anderen!“
Schreiben der Deutschen Stiftung für Internationale Entwicklung an die Universität Oldenburg.

Personalien

Dip.-Ing. Klaus-J. Holland, Raumplaner im FB III, nahm an der öffentlichen Podiumsdiskussion anlässlich der Eröffnungsveranstaltung der Bundesrepublik für die „Europäische Kampagne zur Stadterneuerung“ als Podiumsmitglied und mit einem einleitenden Kurzvortrag teil. Holland sprach über „Unterschiedliche Lösungsansätze, Grenzen der Möglichkeiten, Forderungen an Gesetzgeber und Geldgeber“. An der Podiumsdiskussion zum Thema „Erneuerung unserer Städte - Bilanz: wie geht es weiter?“, die am 5. Februar 1981 im Beisein des Bundespräsidenten stattfand, nahm u.a. der Bundesbauminister Haack teil.

Dr. Joachim Kuropka, Akademischer Rat an der Universität Osnabrück, ist mit der Verwaltung der Professur für „Didaktik der Geschichte“ im Sommersemester 81 beauftragt worden. Dr. Dieter Lenoir, Chemiker im Fachbereich IV, wurde mit der Verwaltung der Professur für „Theoretische Chemie“ bis zum 30. September weiterhin beauftragt.

Prof. Dr. Erhard Lucas-Busemann, Historiker im Fachbereich III, hat auf dem internationalen Symposium der „Gesellschaft zur Erforschung des Volkswiderstandes e.V.“ in Düsseldorf über „Probleme bei der Feststellung der Entstehungsdaten von Arbeiterliedern“ referiert.

Chor probt Carmina burana

Der Universitätschor wird zusammen mit anderen Chören im Sommer dieses Jahres die Carmina burana von Carl Orff sowie sieben Gedichte von Berthold Brecht - ebenfalls in der Vertonung von Carl Orff - zur Aufführung bringen. Interessierte Sänginnen und Sänger können sich noch an den Proben beteiligen. Der Universitätschor probt jeweils dienstags um 20.15 im Kammermusiksaal.

Spedition Möbeltransport International DEUS
TEL. (04 41) 710 01

Anna Thye
Buchhandlung
Inh. Gottfried Sieler
Gegr. 1. 9. 1800
29 OLDENBURG
Schloßplatz 21 / 22
Postfach 4780
Ruf (04 41) 2 52 88

JEANS von Horten
Levis · Wrangler · Pioneer · Lois · Sattler

TABULA BUCHLADEN
IM HERBERT GANG

Schreibmaschinen
neu und gebraucht, sowie diverse Büro-maschinen mit Service und Garantie.
Manuelle Schreibmaschinen ab 85 DM
Elektr. Schreibmaschinen ab 185 DM
Kugelschreibmaschinen ab 699 DM
Weitere Büromaschinen auf Anfrage.
ebs BÜROTECHNIK HERWIG ERLBECK
Donnerschwerer Str. 91
2900 Oldenburg
Ruf 04 41 / 8 51 25
Verkauf Mo-Fr ab 17 Uhr oder nach Vereinbarung

Bücher sind ein unentbehrlicher Begleiter auf dem Weg durch Ihr Studium
In unserer wissenschaftlichen Abteilung finden Sie die für Sie notwendigen Bücher in großer Auswahl
B&G
1871 1971
BUCHHANDLUNG
BÜLTMANN & GERRIETS
Lange Str. 57 · Ruf 2 66 01
Postfach 1 41

2 Stunden
Examensarbeiten-Service
Fotokopien DIN A 4
Buchbindarbeiten
Zeitschriften Berichte
HENCKUS
Buchbinderei
Edewechter Landstraße 50
29 Oldenburg
Telefon 0441-50 2397

Das ist der superbequeme **Jacoform-Schuh**. So breit, wie die Natur den Fuß geschaffen hat. Den gibt's in Oldenburg nur bei **EGGERS**
Das Fachgeschäft für fußgerechte Schuhe
Edewechter Landstraße 89
Telefon 50 27 63
Mittwoch nachmittags geschlossen

spanhakes bastelgalerie
oldenburg burgstrasse 2 tel. 27488
spanhake hat alles für Hobby Werken Basteln Modellbau Kindergarten Schule und Beruf
spanhake
oldenburg lange strasse 48 telefon 04 41/7488

Kopieren · Sortieren · Einbinden
KOPIERDIENST
· KOPIER-AUFTRAG-SERVICE ·
Examensarbeiten schnell u. gut
Ammerländer Heerstraße 88
Fernsprecher 04 41/7 63 74
KOPIERPREIS
je Stück
DIN A 4 DM **0,10**

Landessparkassen-Immobilien dienst | **Mit der OBS den Grundstein legen.**
ÖBS Immobilien GmbH | **ÖBS** Öffentliche Bausparkasse
Landesbausparkasse der Sparkassen
OLDENBURG · BREMEN · WILHELMSHAVEN